

Paul Dekker

Politisches Engagement und Politikverdrossenheit in den Niederlanden

In den vorangegangenen Beiträgen dieses Jahrbuches sind verschiedene Aspekte über die Themen Populismus, Führungsstil und Stand der Demokratie in Deutschland und den Niederlanden im Vergleich behandelt worden. In diesem Beitrag nun werden als Ergänzung Umfragedaten vorgestellt, die Auskunft über Unzufriedenheit bzw. politisches Vertrauen in den Niederlanden im europäischen Vergleich geben. Darüber hinaus werden für die Niederlande Auffassungen über Politik und Politiker sowie über Partizipation präsentiert. Diese Informationen sind unvermeidlich grob – handelt es sich doch um oft klischeehafte Meinungen ohne Argumentation, um Einstellungen ohne Differenzierung, um Aktivitäten ohne Kontext; doch sie ermöglichen Vergleichbarkeit sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik sowie anderen europäischen Ländern.

Die Daten

Tabelle 1 zeigt, daß im letzten Vierteljahrhundert die Zufriedenheit mit der Demokratie – und man darf unterstellen, daß die meisten Menschen dabei an der parlamentarischen Demokratie und damit auch an Parteien gedacht haben – nicht gesunken ist. Es sind Schwankungen festzustellen, wie etwa beim Rückgang der Zufriedenheit in Belgien im Zusammenhang mit den großen Skandalen Mitte der neunziger Jahre und in Westdeutschland im Umfeld des Einigungsprozesses von 1989/90. Die Zufriedenheit ist im Jahr 2002 insgesamt allerdings nicht niedriger als zu Beginn der siebziger Jahre. Dies gilt auch für die Niederlande, obwohl sich die relative Position des Landes etwas verschlechtert hat. Die Datenerhebung fand im Herbst 2002 statt, also nach den Wahlen vom 15. Mai, die durch heftige Turbulenzen um Pim Fortuyn gekennzeichnet gewesen waren. Einer anderen Umfrage zufolge (siehe unten Tabelle 6) gab es zwar eine größere Unzufriedenheit mit der Regierung und mit den staatlichen Behörden, doch sie erweiterte sich nicht zu einer Kritik an der Demokratie als solcher.

Tabelle 1: Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Lande 1973–2002 (in Prozent der Bevölkerung ab 18 Jahre).^a

	1973	1977	1981	1985	1989	1993	1997	2000	2002
Dänemark	45	68	71	71	70	81	79	75	88
Großbritannien	44	61	53	54	61	51	72	64	65
Niederlande	59	70	62	58	74	69	71	69	67
Westdeutschland	43	81	75	75	79	57	50	66	73
Belgien	67	64	43	55	63	51	30	61	73
Frankreich	47	50	61	48	57	43	49	63	59
Italien	27	12	20	25	27	12	32	35	34

^a ‚Sehr‘ und ‚ziemlich‘ zufrieden mit ‚der Weise, wie die Demokratie funktioniert‘.

Quelle: *European Community Study*, Herbst 1973, *Eurobarometers* 7, 16, 23, 31/31A, 39.0, 48.0, 54.1 und 58.1; gewichtete Resultate.

Tabelle 2 behandelt institutionelles Vertrauen. Hier rangieren die politischen Parteien fast immer ganz unten, lediglich 1997 erreichen die Presse in Großbritannien sowie die Europäische Union in den Niederlanden niedrigere Werte (siehe die Markierungen in der Tabelle). Es fällt auf, daß in den Niederlanden und Dänemark die Parteien in der Unzufriedenheitsskala nicht ganz so weit entfernt von ‚anständigen Organisationen‘ sind wie in anderen Ländern, beispielsweise in Deutschland. Das könnte ein Hinweis darauf sein, daß die Politikverdrossenheit in den Niederlanden im Frühjahr 2002 noch nicht sehr weit ausgeprägt war. Bemerkenswert ist, daß besonders im Jahr 1997 die Niederländer mehr Vertrauen in die politischen Parteien hatten als die anderen befragten europäischen Völker.

Mit dem zeitlichen Verlauf der Wahlbeteiligung in den Niederlanden beschäftigt sich Graphik 1. Sie setzt 1970 ein, jenem Jahr, in dem die Wahlpflicht aufgehoben wurde. Obwohl es mit wenigen Meßwerten schwierig ist, Trends zu erkennen, sieht man ab Mitte der achtziger Jahre einen generellen Rückgang der Wahlbeteiligung. Im Mai 2002 ist allerdings eine leichte Steigerung bei der Teilnahme an den Parlamentswahlen zu verzeichnen. Auffallend ist, daß im Januar 2003 erneut eine leichte Steigerung festzustellen war.

Parallel zum Rückgang bei der Wahlbeteiligung bis 2002 zeigt Tabelle 3 einen Rückgang bei der Teilnahme an Wahlkämpfen.

Tabelle 2: Vertrauen in Institutionen 1997 und 2002 (in Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahre).^a

	SE		DK		GB		NL		DE		BE		FR		ES		IT	
	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002
Presse	42	43	46	55	15	22	62	58	44	49	62	61	51	51	52	58	37	41
Rundfunk	78	73	79	74	70	61	79	72	64	64	72	74	62	59	71	69	52	54
Fernsehen	71	64	69	68	67	60	75	72	61	61	71	71	45	50	50	53	44	45
Justiz, nationales Rechtssystem	49	61	73	76	50	48	56	58	53	59	14	36	36	35	41	43	32	46
Polizei	68	74	90	90	72	68	71	61	69	72	30	51	51	58	63	60	60	67
Armee	67	69	75	80	80	79	55	58	64	66	35	55	55	67	60	58	58	69
Kirche	59	62	79	75	56	40	44	41	50	38	31	35	36	35	49	38	57	56
Gewerkschaften	41	48	53	52	39	41	64	56	42	37	37	44	37	37	40	38	31	37
Politische Parteien	17	25	32	37	19	17	42	38	14	19	10	24	12	13	22	25	14	17
Behörde	52	64	59	62	51	52	60	59	40	49	30	54	46	46	41	45	26	32
Großunternehmen	43	31	57	53	33	27	56	45	28	31	31	42	45	39	43	39	41	44
[nationale] Regierung	38	56	55	58	49	38	68	64	31	42	16	46	38	31	44	49	29	36
[nationales] Parlament	51	62	63	65	51	42	66	61	38	46	21	46	38	34	49	48	31	42
Europäische Union	20	31	38	49	26	31	38	52	32	47	31	53	44	44	56	60	53	67
Vereinigte Nationen	73	75	72	78	53	60	61	66	43	53	33	54	44	46	59	60	56	63
NGO's	43	46	33	45	35	34	64	53	37	34	40	51	48	44	70	72	45	43
Karitative Organisationen ^b	46	52	60	66	69	66	70	63	51	52	34	59	44	64	70	72	61	61
durchschnittliches Vertrauen	50	55	61	64	49	46	61	57	45	48	35	50	43	44	52	52	43	48

^a „Eher Vertrauen“ statt „eher kein Vertrauen“ oder „weiß nicht“ (für maximal 5 Institutionen; sonst ausgeschlossen). Die Reihenfolge ist diejenige der Umfrage.

^b 2002: „karitative und ehrenamtliche Organisationen“.

Quelle: Eurobarometer 48.0 (Herbst 1997) und 57.1 (Frühjahr 2002), gewichtete Resultate.

Graphik 1: Wahlbeteiligung in den Niederlanden 1970–2003 (in Prozent der Wahlberechtigten).

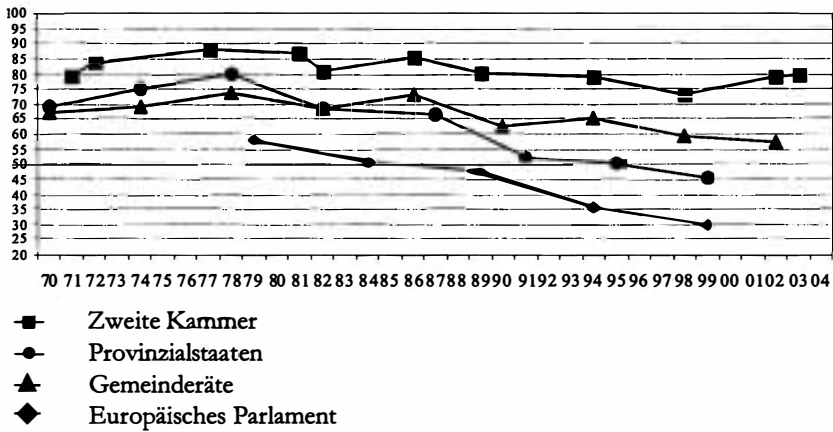


Tabelle 3: Teilnahme an Wahlkämpfen für die Parlamentswahlen 1972–2002 (in Prozent der Wahlberechtigten).

	1972	1977	1994	1998	2002
zu Hause Wahlplakat aufgehängt	6	10	3	3	4
Gespräche geführt, um andere zu überzeugen, eine Partei zu wählen	17	14	18	14	12
einer Partei Geld gegeben für Wahlkampfaktivitäten	5	6	3	2	3
eine Wahlkampfversammlung besucht	6	5	2	1	2

Quelle: *Nationale kiezersonderzoeken 1972–2002* (SKON) (gewichtete Resultate).

In Tabelle 4 sind Mitglieder- und Spenderzahlen von Organisationen dargestellt, die zwischen 1980 und 2000 eine Mitgliederzahl oder reguläre Spender von bis zu 50.000 hatten, gegliedert in 13 Bereiche. Davon haben drei Bereiche eine Verringerung der Mitglieder bzw. Spender zu verzeichnen: Kirchen, Frauenorganisationen und, als größter Verlierer, die Parteien. Sonst gibt es nur Gewinner, vor allem im Bereich der ideell orientierten Organisationen, die sich zum Beispiel der internationalen Solidarität (Menschenrechte, Armutsbekämpfung usw.) sowie dem Thema Natur und Umwelt widmen. Man erkennt also eine Änderung von sozialen Organisationen mit vorwiegend traditionellen persönlichen Kontakten hin zu Mailing-list-Organisationen mit vor allem ‚Papier‘-Mitgliedern. Im Gegensatz zu den traditionelleren Institutionen kennen die Mitglieder dieser moderneren Organisationen einander oft nicht und unternehmen nur sehr selten gemeinsame Aktivitäten.

Tabelle 4: Mitglieder bzw. Spender (x 1.000) von großen Organisationen in den Niederlanden 1980–2000^a

	1980	2000	Änderung in Prozent
Politische Parteien ^b	342	192	- 44
Frauen	259	194	- 25
Kirche und Religion	9.559	8.055	- 16
Rundfunk	2.818	3.118	+ 11
Arbeitnehmer	1.616	1.877	+ 16
Sport und Erholung	3.782	4.486	+ 19
Arbeitgeber und Freiberufler	237	307	+ 30
Senioren	387	520	+ 34
Verbraucher	3.178	4.795	+ 51
Gesundheit	1.644	3.581	+118
Internationale Solidarität	1.852	4.386	+137
Natur und Umwelt	484	3.021	+524
Abweibung und Euthanasie	26	200	+669
Gesamt	26.184	34.732	+ 33
Bevölkerungsumfang (x 1.000)	14.091	15.864	+ 13

^a Organisationen, die 1980 oder 2000 50.000 oder mehr Mitglieder bzw. Spender hatten. Rundfunkorganisationen ohne AVRO, BNN und Veronica.

^b CDA (von 143 auf 82), PvdA (von 113 auf 60) und VVD (von 86 auf 50); alle politischen Parteien zusammen von 430 (1980) auf 294 (2000); 1950 hatte der Wert noch 635 betragen, 1960 731, 1970 393. DNPP-Zahlen, alles * 1.000.

Quelle: Sociaal Cultureel Planbureau (SCP, 2002); Aufgabe der Organisationen, gesammelt und zusammengestellt von Joep de Hart (SCP).

Zusammenfassend läßt sich für die Partizipation eine niedrigere Parteienaktivität, doch sicherlich nicht ein niedrigeres ideelles Engagement feststellen. Mit anderen Daten aus der Partizipationsforschung läßt sich darüber hinaus feststellen, daß die Beteiligung an Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und Aktionsgruppen – Aktivitäten, die Politikwissenschaftler Anfang der siebziger Jahre ‚unkonventionell‘ nannten – jetzt sehr üblich geworden sind, während ‚konventionelle‘ politische Aktivitäten wie beispielsweise die Kontaktaufnahme zu Politikern eher seltener geworden sind.

Nach der Analyse von Partizipation sind die Einstellungen gegenüber der Politik zu untersuchen. Aus Tabelle 5 geht hervor, daß in den Niederlanden die Neigung zum Protest in den neunziger Jahren höher war als in den siebziger Jahren und hoch geblieben ist. Bemerkenswert ist auch, daß die Teilnahme an politischen Diskussionen 2002 und 2003 im Vergleich zu 1998 und früher zugenommen hat. Gleichzeitig waren die Wähler 2002 zynischer gegenüber den Politikern, während sich 2003 diese Werte wieder auf das Niveau von 1998 einpendelten. Die Meinung, daß man keinerlei politischen Einfluß hätte, hat langfristig abgenommen, und der Glaube an das eigene

politische Können scheint sich immer besser mit einer negativen Auffassung über Politiker zu vertragen.

Tabelle 5: Politische Involviertheit und politische Auffassungen 1972–2003 (in Prozent der Wahlberechtigten).

	1972	1977	1981	1986	1989	1994	1998	2002	2003
Verhalten bei Diskussionen über Probleme der Regierung:									
man hört nicht zu / kein Interesse	12	20	13	14	13	12	14	6	6
man hört mit Interesse zu	39	40	38	36	40	38	40	32	33
man beteiligt sich meistens am Gespräch	49	41	48	50	47	50	45	62	61
Die Wahrscheinlichkeit, daß man versuchen würde, etwas gegen die Annahme eines ungerechten Gesetzes zu unternehmen, ist									
sehr klein	–	62	58	52	46	30	30	38	26
klein	86	23	30	31	43	45	45	39	46
groß	10	12	10	14	9	20	22	18	24
sehr groß	3	2	2	3	2	4	4	4	4
Man ist (ganz) einverstanden mit den Aussagen:									
„Mitglied des Parlaments wird man eher wegen politischer Freunde als wegen Fähigkeiten.“	–	44	41	44	40	42	42	55	46
Minister und Staatssekretäre verfolgen vor allem ihren eigene Interessen.“	–	30	30	34	31	37	33	39	31
„Wider besseres Wissen versprechen Politiker mehr, als sie in die Tat umsetzen können.“	–	78	82	86	85	91	89	91	89
„Parlamentarier kümmern sich nicht um die Meinung von Menschen wie mir.“	59	48	44	43	41	44	41	52	40
„Die politischen Parteien sind nur an meiner Stimme und nicht an meiner Meinung interessiert.“	64	53	53	49	46	52	52	59	48
„Menschen wie ich haben keinerlei Einfluß auf die Politik der Regierung.“	65	51	52	52	49	47	46	46	42

Quelle: *Nationale Kiezersonderzoek 1972–2003* (SKON); gewichtete Resultate.

Tabelle 6 zeigt ähnliche Ergebnisse aus Meinungsumfragen des Sociaal Cultureel Planbureau (SCP). Die Tabelle beginnt mit Fragen zum politischen Interesse, zu Partizipation und zu Urteilen über Demokratisierung und die Regie-

rungspolitik. Das politische Interesse hat seit 1995 zugenommen und ist 2002 wesentlich höher als 2000. Wie Tabelle 5 zeigt auch Tabelle 6, daß die verbale Bereitschaft zum Protestieren im letzten Vierteljahrhundert ganz klar zugenommen hat. Auch die Akzeptanz des Protests anderer hat zwischen 1975 und 2000 zugenommen. Demokratisierungswünsche sowie Erwartungen an die Regierung zeigen keinen klaren Trend. Die Zufriedenheit mit der Regierungspolitik und mit dem Funktionieren des Staates ist zwischen 2000 und 2002 jedoch stark gesunken. Bei den allgemeinen Urteilen über Politik und Politiker ändert sich aber wenig.

Tabelle 6: Politische Involviertheit und Auffassungen 1975–2002 (in Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren).^a

	1975	1980	1985	1992	1996	1998	2000	2002	[02x]
Findet das eigene politische Interesse ‚stark‘ oder ‚normal‘. ^b	31	39	42	41	45	48	43	57	[65]
Liest regelmäßig über Politik, z.B. in der Zeitung.	34	42	41	41	38	39	34	46	[51]
Hat sich in den letzten beiden Jahren zusammen mit anderen für ein (inter)nationales Problem engagiert.	–	12	20	14	14	12	9	14	[20]
Hat sich in den letzten beiden Jahren zusammen mit anderen für ein lokales Problem engagiert.	–	25	24	28	29	26	26	28	[38]
Würde wahrscheinlich etwas unternehmen, wenn das Parlament ein ungerechtes Gesetz verabschieden würde. ^c	35	36	42	47	50	55	52	54	[64]
Begrüßt es, wenn jemand versucht, die Regierung durch Demonstrationen, Massenkundgebungen usw. an der Verabschiedung eines ungerechten Gesetzes zu hindern.	39	–	45	63	68	67	64	–	–
Meint, daß die Mitspracherechte der Bürger in der Politik von Gemeinden und Provinzen größer werden muß.	69	62	60	64	–	71	71	74	[72]
Meint, daß die Regierung genügend tut, um den Wohlstand von Menschen wie auch den eigenen Wohlstand zu vergrößern.	47	41	–	46	43	48	46	44	[46]
Ist im allgemeinen zufrieden mit dem, was die niederländische Regierung tut.	–	–	–	–	77	80	77	59	[62]

Man ist einverstanden mit den Aussagen:									
„Der niederländische Staat funktioniert gut.“	–	–	–	–	58	66	65	35	[40]
„Menschen wie ich haben keinerlei Einfluß auf das, was die Regierung tut.“ ^b	59	57	59	49	48	48	54	52	[50]
„Ich denke nicht, daß Parlamentarier und Minister sich viel um das kümmern, was Menschen wie ich denken.“ ^b	55	56	60	49	46	–	52	50	[44]
„Parlamentarier beachten zuviel die Interessen einiger mächtiger Gruppen statt das Gemeinwohl.“ ^b	62	64	70	64	60	62	64	67	[66]

^a 16–74 in den Jahren 1975, 1980 und 1985.

Ende 2002 fand neben der regulären mündlichen Befragung auch eine kleinere telefonische Umfrage statt, bei der teilweise die gleichen Fragen gestellt wurden. Die Daten dieser Umfrage sind in Klammern in die Tabelle aufgenommen.

^b Wird benutzt für die Messung von politischer Unzufriedenheit und Gleichgültigkeit (mit negativen Werten für Interesse und Protest).

Quelle: *Culturele veranderingen 1975–2002* (SCP [mündliche Umfrage]); 2002x: Telefonische Umfrage *Politieke onvrede* (SCP; gewichtete Resultate).

Der deutsche Begriff ‚Politikverdrossenheit‘ wird seit den späten achtziger Jahren auch in den Niederlanden verwendet, wenn von der ‚kloof‘ [Kluft] zwischen Bürgern und Politikern die Rede ist. Damals und auch in der späteren Diskussion über die Hintergründe der ‚Revolte‘ von Fortuyn wurden oft zwei Aspekte gemeint: Unzufriedenheit und/oder Uninteressiertheit bzw. Gleichgültigkeit. Tabelle 7 zeigt diese beiden Aspekte im Hinblick auf parteipolitische Präferenzen.

Tabelle 7: Politische Unzufriedenheit, Gleichgültigkeit und politische Präferenzen in einigen Bevölkerungsgruppen (2002).^a

	Gesamt	Wahlverhalten im Mai 2002					
		VVD	CDA	PvdA	GL/SP	LPF	Nicht-Wähler
Unzufriedenheit: Durchschnitt	0	-29	-15	2	-18	42	46
Gleichgültigkeit: Durchschnitt	0	3	8	-12	-29	-10	53
Hat sich in den letzten beiden Jahren zusammen mit anderen für ein (inter)nationales Problem engagiert (in Prozent)	20	13	20	18	30	12	12

Hat sich in den letzten beiden Jahren zusammen mit anderen für ein lokales Problem engagiert (in Prozent)	38	42	40	41	50	31	25
Meint, daß die Mitspracherechte der Bürger in der Politik von Gemeinden und Provinzen größer werden muß (in Prozent)	72	68	67	74	76	78	70
Ist einverstanden mit den Aussagen (in Prozent):							
„Der Ministerpräsident muß direkt von der Bevölkerung gewählt werden.“	70	62	58	75	63	88	79
„Der Bürgermeister muß direkt von der Bevölkerung gewählt werden.“	83	83	72	84	80	93	90
„Über bestimmte, für unser Land wichtige Entscheidungen muß über eine Volksabstimmung entschieden werden.“	84	78	79	87	88	91	84
„Für bestimmte Verbrechen soll die Todesstrafe wieder eingeführt werden.“	28	24	24	18	12	60	43
„Wir brauchen weniger Gesetze und Institutionen als mehr mutige und unermüdliche und Führer, denen das Volk vertrauen kann.“	60	58	73	60	50	72	53
„Islamitische Geistliche (Imams) haben das Recht, unter Verweis auf ihren Glauben der niederländischen Gesellschaft zu sagen, was sie wollen.“	31	27	27	29	43	23	33

^a Die kleinen christlichen Parteien sind außer Betracht gelassen worden. Die beiden kleinen linken Parteien, die Sozialistische Partei und die Grünen, sind zusammengefügt worden (GL/SP).

Quelle: *Culturele veranderingen en politieke onvrede 2002* (SCP; gewichtete Resultate).

Interessant sind vor allem die Ergebnisse der LPF-Wählerschaft: Sie ist nicht unzufriedener als die Gruppe der Nichtwähler, aber sie ist politisch sicherlich nicht als gleichgültig einzustufen. Gleichgültig sind vor allem die Nichtwähler sowie die Wähler der Rechtsliberalen und Christdemokraten. Bemerkenswert ist auch, daß die LPF-Wähler mehr als die Anhänger anderer Parteien Vorschläge für direkte Demokratisierung unterstützen, jedoch am wenigsten bereit sind, Imams das Recht zuzugestehen, sich frei über die niederländische Gesellschaft zu äußern. Stark fällt die LPF-Wählerschaft auch dadurch auf, daß sich eine klare Mehrheit für die Todesstrafe ausspricht. Bei der klassischen Frage, ob die Niederlande einen starken ‚Führer‘ brauchen, zeigt sie sich etwa genau so autoritär wie die Anhängerschaft der christdemokratischen Partei, jedoch weit autoritärer als die Anhängerschaft anderer Parteien. So kann bei der LPF-Wählerschaft von einer interessanten Mischung von

Demokratisierungswünschen und autoritären Auffassungen gesprochen werden, die sicherlich noch weiterer empirischer Forschung und Deutung bedarf.

Interpretationen

Faßt man die Ergebnisse zusammen, so ist festzustellen, daß die politische Partizipation seit den siebziger Jahren Kontinuität aufweist, während das politische Selbstvertrauen und die Protestbereitschaft (und mehr noch die Akzeptanz des Protestverhaltens von anderen) zugenommen haben. Das könnte man als Verstärkung der vor vierzig Jahren von Almond und Verba idealisierten ‚civic culture‘ interpretieren,¹ in der man nicht massenhaft partizipiert, sondern die politische Elite glaubwürdig mit möglicher Partizipation bedrohen kann. Die Kombination paßt auch auf den ‚monitoring citizen‘, der vor einigen Jahren von Schudson² skizziert wurde: Hiermit ist der Bürger gemeint, der keine Lust und Zeit hat, sich dauernd mit Politik zu beschäftigen, doch wachsam ist und, wenn es sein muß, fähig ist, politisch etwas zu unternehmen oder unternehmen zu lassen. Für die gesamte Bevölkerung geben die Umfrageergebnisse keinerlei Anlaß, eine zunehmende Abneigung gegenüber der Politik zu vermuten. Das gilt auch für das Jahr 2002. Die Behörden und die Regierungspolitik wurden Ende 2002 zwar negativer beurteilt, und direkt nach den Wahlen von 2002 war man zynischer, aber Anfang 2003 war das schon nicht mehr der Fall.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, ‚die Revolte von 2002‘ näher zu betrachten. Wie können die Angehörigen eines Volkes, das sich in Umfragen immer so zufrieden zeigt, plötzlich als Wähler rebellieren? Eine Rolle spielt möglicherweise das sogenannte ‚non-response-problem‘: Die wachsende Unzufriedenheit wurde nicht gemessen, weil die Ergebnisse der Umfragen vor allem von den Zufriedenen bestimmt wurden. Wichtiger ist vielleicht die Erklärung, daß die Unzufriedenheit gar nicht so groß war oder eine eigentlich schon immer anwesende, diffuse Unzufriedenheit erst zum politischen Unfrieden wurde durch das Auftreten von Fortuyn und der LPF. In vielen Betrachtungen wurde versucht, den Wahlausgang vom 15. Mai 2002 als unvermeidliches Resultat von großen und vernachlässigten Problemen, neuen gesellschaftlichen Gegensätzen und von kulturellen Unterströmungen zu erklären, die nun zum Ausbruch kamen. Dabei wurde oft den Wählern und Wählerinnen eine große Homogenität im Verhalten unterstellt, die als eine große Vereinfachung zu betrachten ist. Den die 17 Prozent der Wähler, die im Mai 2002 der LPF ihre Stimme gegeben haben, hatten sicherlich unterschiedliche Hintergründe und Motive für ihre Wahlentscheidung. Es gab Wähler, die endlich eine Chance sahen, eine Partei zu wählen, die ihre Probleme ernst nahm, vor allem in Bezug auf die Probleme von Migration und Integration. Andere sahen in der LPF die Möglichkeit, vorhandenen Widerwillen gegen die festgefügte Politik und gegen als arrogant betrachtete Politiker zum Ausdruck zu bringen. Das reicht als Erklärung für den sensationel-

¹ G.A. ALMOND/S. VERBA, *The civic culture*, Princeton 1989 (erstmal erschienen 1963).

² M. SCHUDSON, *The good society*, New York 1998.

len Erfolg jedoch nicht aus. Auf der Suche nach einer schlüssigen Erklärung sollte man allerdings der Versuchung widerstehen, nachträglich die Ergebnisse als logisch und unvermeidlich zu schildern, denn die Entwicklungen des Jahres 2002 wurden auch von vielen Kontingenzen und einer unvorhersehbaren Eigendynamik des politischen Prozesses bestimmt. Der Raum dafür war wahrscheinlich größer denn je. Langfristige Prozesse der Entsäulung und der sozialen Entwurzelung der Parteien wurden in den Jahren vor 2002 dadurch ergänzt, daß die Links-Rechts-Polarität in der Politik fast verschwunden war. Die lilafarbene Koalition von Sozialdemokraten, Linksliberalen und Rechtsliberalen führte eine pragmatische Politik, konnte Verteilungsfragen durch die positive Wirtschaftsentwicklung problemlos lösen und ließ den oppositionellen Christdemokraten kaum Argumente für klare Alternativen. Das bedeutete, daß die politische Mitte ‚überbesetzt‘ war und viele Wähler und Wählerinnen den Eindruck hatten, daß sich die traditionellen Parteien kaum noch voneinander unterschieden und es dadurch ‚wenig zu wählen‘ gab. Durch die seit den sechziger Jahren gering gewordene ideologische und materielle Bindung an die Politik und die politischen Parteien waren die Wähler und Wählerinnen für Trends und Stimmungswechsel empfänglich geworden. Politische Ereignisse und ihre Darstellung in den Medien konnten dadurch eine große Rolle spielen und mit zu Verschiebungen beitragen: Mehr als eine günstige ‚political opportunity structure‘ für eine Protestbewegung ist das allerdings nicht.

Soweit zum Jahr 2002. Die Revolte als solche sollte man nicht so ernst nehmen. Hinter den Turbulenzen dieses Jahres hat wahrscheinlich wenig tiefe politische Unzufriedenheit gesteckt, und die Wähler und Wählerinnen bedauerten Anfang 2003 wohl selbst schon ihr Wahlverhalten vom Mai 2002 (siehe oben Tabelle 5). Die ‚Revolte von Fortuyn‘ sollte im übrigen auch nicht nur negativ bewertet werden. Daß in wenigen Monaten eine Partei aus dem Nichts kommen konnte, die dann bei den Wahlen die zweitgrößte Parlamentsfraktion bildete und sogar direkt an der Regierung teilnehmen konnte, zeigt sowohl eine aktive Wählerschaft als auch eine große Reaktionsfähigkeit des politischen Systems. Problematisch ist allerdings, daß sich politische Entwicklungen von ihren sozialen Ursprüngen losgelöst zu haben scheinen und die Entwurzelung und Medialisierung der Politik eine eigene theatralische Wirklichkeit geschaffen hat, die von den meisten Bürgern in einer Mischung aus Beifall, Mißbilligung und oft mit Gelassenheit und Zynismus betrachtet wird. In dieser Zuschauerdemokratie sind die Bürger selten wirklich in politische Prozesse einbezogen. Die Mischung von großem politischem Selbstvertrauen und Protestbereitschaft einerseits und beschränkter Partizipation andererseits könnte auf eine ‚civic culture‘ hindeuten, aber sie ist wahrscheinlich eher Ausdruck von sich selbst überschätzenden Bürgern, die sicherlich Einfluß haben könnten, wenn sie nur wollten, aber nicht die Lust und die Zeit haben, sich auf politische Prozesse einzulassen. Die breite Unterstützung für mehr Mitspracherechte (siehe Tabellen 6 und 7) drückt nicht unbedingt Bedürfnisse nach mehr Politik und Diskurs aus, sondern sie kann auch Ausdruck eines einfachen Selbstbestimmungsrechts sein: Demokratisierung als ‚freie Fahrt für freie Bürger‘. In Gesprächsgruppen, die das SCP Ende 2001 mit Wählern und Wählerinnen und vor allem Nichtwählern und -wählerinnen

führte, sahen wir oft eine merkwürdige Mischung aus politischem Selbstbewußtsein, Distanz gegenüber der wirklichen Politik und starken Demokratisierungswünschen. Mit großer Selbstverständlichkeit wurde diagnostiziert, was alles schiefging in der Gesellschaft und es wurde negativ – oft zynisch, manchmal aber fast auch mit Mitleid – über die Politik und die Politiker geredet, die das nicht ‚verstehen‘ konnten. Statt Parteien zu wählen, würde man lieber Volksabstimmungen durchführen. Dann könnte man wirklich, so ließen uns viele Bürger in diesen Gesprächen wissen, wählen, was man für wichtig hält und worüber man sich informiert hat. Bei Parteien wähle man nur Bündelpräferenzen, die man teilweise nicht kennt und teilweise auch nicht teilt.

Mehr Demokratie und Zivilgesellschaft

Die Politik, so läßt sich aus den Umfragen herauslesen, ist für viele moderne Bürger wenig attraktiv und oft frustrierend. Was wäre nötig, um die Beziehung zwischen offizieller Politik und selbstbewußter Bevölkerung zu verbessern und vorhandenes politisches sowie gesellschaftliches Engagement zu gestalten?

1. *Macht Politik spannender und die Existenz politischer Alternativen glaubwürdiger und greifbarer.* Die ‚große Politik‘ in Den Haag (und mehr noch in Brüssel und bei den Vereinten Nationen in New York) kann für die meisten Bürger nur ein Schauspiel sein. Dann soll es wenigstens ein interessantes Schauspiel sein mit relevanten, doch nicht zu komplizierten Gegensätzen. Der Wahlkampf vom Beginn des Jahres 2003 hat gezeigt, daß hier einiges möglich ist. Außerhalb des Wahlkampfes wäre es wünschenswert, daß politische Parteien Formen entwickeln, um gesellschaftliche Diskussionen über schwierige Themen anzuregen, die außerhalb der direkten Erfahrungswelt der Bürger liegen. Davon sollte man allerdings nicht erwarten, daß die Partizipation innerhalb der politischen Parteien zunehmen wird. Dafür sind die Bürger inzwischen zu sehr Teil der ‚Zuschauerdemokratie‘ geworden.

2. *Führt mehr plebiszitäre Verfahren ein.* Im Vergleich zu anderen Ländern waren die Niederlande bis vor kurzem extrem zurückhaltend im Hinblick auf Volksabstimmungen. Auch kann in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß in den Niederlanden Bürgermeister immer noch nicht direkt vom Volk gewählt werden. Auch wenn sich in diesen Bereichen inzwischen Entwicklungen und Modernisierungen abzeichnen, bleibt es wichtig, dem Verdacht einer geschlossenen Elitendemokratie energischer entgegenzutreten.

3. *Schafft Partizipationsformen außerhalb der offiziellen Politik.* Eine wachsende Bürgergesellschaft kann, in den Worten des progressiven amerikanischen Politikwissenschaftlers Benjamin Barber, helfen „to absorb some of the public aspirations to self-government“.³ Wenn Bürger sich mehr um ihre eigenen Sachen kümmern, machen sie sich weniger Sorgen um Wahlen, Politiker, politische Skandale usw. Die aktive Partizipation in Vereinen und Verbänden

³ B.R. BARBER, *Jihad vs. McWorld*, New York 1995, S. 285.

und sicherlich auch in Vorständen und anderen Gremien von Sozialeinrichtungen ist auch nach wie vor wichtig. Hierin kann man nicht nur eine Schulung für die politische Demokratie sehen, sondern hier lassen sich auch praktische politische Fähigkeiten und sicherlich auch die Mäßigung der eigenen Interessen sowie ein besseres Verständnis der Komplexität politischer Prozesse erlernen.